



Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr (EKUV/XVII/025/2019)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 28.08.2019
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:43 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jochen Kruse

stellv. Vorsitzende/r

Herr Dirk Beening

Ausschussmitglieder

Herr Thomas Bruns

Herr Sönke Eden

Herr Paul Foest

Herr Hans Fricke

Frau Annegret Hahn

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Frau Engeline Kramer

Herr Ferhat Özdemir

Herr Michael Runden

Frau Beate Stammwitz

beratende Mitglieder

Herr Norbert Bakker

Herr Johann Bartz

Herr Thomas Buddenberg

Herr Claus-Peter Horst

Verwaltung

Frau Alexandra Abraham

Herr Holger Möse

Herr Carsten Schoch

Frau Insa Seiwald

Herr Uwe Vogelsang

Gäste

Herr Dr. Felix Berschin

Frau Helma Janssen

Herr Stephan Janssen

Herr Janes Keim

Frau Monika Noormann

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Jörg Betz

Frau Gudrun Bonow

Herr Bruno Schachner

Herr Michael Weber

beratende Mitglieder

Herr Wolfgang Buhr

Herr Bernd Hillrichs

entschuldigt

Herr Hans-Günter Jelting

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 2.1 Kaufprämie für Lastenfahrräder
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 16.07.2019 (EKUV/XVII/024/2019)
- 4 Ökoprotit
- Vortrag von Frau Noormann, Fa. Nettcon Energy
- 5 Stadtbusverkehr
- Sachstandsbericht und Weiterentwicklung
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1170/2019
- 6 Ideen für die temporäre Gestaltung des öff. Raumes der Leerer Fußgängerzone
- Vortrag durch LUKS Spiel- und Lerndesign
- 7 Neugestaltung der Mühlenstraße, 2. BA (Wörde bis Ledastraße)
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1163/2019
- 8 Julianenpark
Pflege und Entwicklung
Entschlammung Teichanlage
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1158/2019
- 9 Gebührenfreies Parken zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Leer
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2019
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1134/2019
- 10 Dorferneuerungsprogramm Loga/Logabirum Phillipsburger Park
- Beschluss
Vorlage: 2.60/XVII/1167/2019
- 11 Abwrackprämie für Zweitakter
- Antrag der AWG-Fraktion vom 25.07.2019
- Beschluss

Vorlage: 2.61/XVII/1168/2019

12 Radverkehr

- Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL vom 16.06.19

- Beschluss

Vorlage: 2.61/XVII/1174/2019

13 Klimanotstand: Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen

- Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL vom 11.06.2019

Vorlage: 2.61/XVII/1169/2019

14 Einführung eines Elektroroller-Systems in der Stadt Leer

Vorlage: 2.61/XVII/1171/2019

15 Informationen

Dorfentwicklung Loga-Logabirum, Verlängerung Förderzeitraum

15.1

Zukunftsquartier Moormerlandsiedlung

15.2

Pflanzenbewuchs am Stadtring über den Bahnstrecken

15.3

Sachstandsbericht ZOB

15.4

Förderprojekt FaCit - Sachstand

15.5

16 Anfragen

Radstation am Bahnhof

16.1

Stadtbusverkehr - Keine Aussprache und kein Beschluss, Rechtliche Prüfung des Antrags der SPD

16.2

Nächtliche Ampelschaltung

16.3

Abdeckung der Tempo 30 Schilder in den Ferien vor Schulen

16.4

Entschlammung Teich Leerort

16.5

- Radfahrerführung am Strohhut
16.6
- Bildung Wasserlache am Bordstein Heisfelder Str. Strohhut
16.7
- Baugebiet Groninger Straße - Waldumwandlung Sache des EKUV
16.8
- Einweihungsfeier Zollhausvorplatz - Einladungsliste
16.9
- Kosten für Gutachter Stadtbusverkehr
16.1
0
- Übergabe des Kanals beim ZOB an die SWL
16.1
1
- 17 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten
- Kostenloser Stellplatz für E-Roller
17.1

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die heute erstmalig anwesenden neuen beratenden Mitglieder - Herr Horst, Frau Schäfer und Herr Bartz - wurden auf ihre Pflichten als beratende Mitglieder gemäß Niedersächsischem Kommunalverfassungsgesetz hingewiesen. Seine Frage, ob sie hierzu noch Fragen hätten, wurde verneint. Damit begrüßte Herr Kruse sie herzlich in der Mitte des EKUV.

Zur Tagesordnung beantragte Herr Kruse für die SPD-Fraktion, den TOP „Stadtbusverkehr“ heute vorzuziehen und lediglich den Vortrag von Herrn Dr. Berschin anzuhören, jedoch auf eine Aussprache und eine Beschlussfassung zu verzichten. Zu diesem komplexen Thema, bei dem eine Entscheidung für die nächsten 10 Jahre getroffen werden muss, sollte es eine Sondersitzung des EKUV geben.

Herr Heinrichsdorff drückte sein Einverständnis hierzu aus, es sollte jedoch nicht mehr eine zu große Zeitverzögerung geben.

Herr Foest bat darum, heute doch über das Thema zu diskutieren und nur keinen Beschluss zu fassen. Jede Fraktion sollte ihre Meinung vortragen, da dann Herr Dr. Berschin sofort hierzu Stellung beziehen bzw. Zweifel ausräumen könnte.

Herr Kruse blieb bei dem Antrag, lediglich den Vortrag anzuhören.

Herr Runden wies auf die lange Tagesordnung hin und schlug vor, während der Sitzung die Zeit im Auge zu behalten und bestimmte Punkte abzukürzen und nach einer gewissen Zeit die Sitzung zu beenden.

Herr Kruse ließ dann über seinen Antrag der SPD-Fraktion zum TOP „Stadtbusverkehr“ abstimmen:

Beschluss (7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen):

Der TOP 11 „Stadtbusverkehr - Sachstandsbericht und Weiterentwicklung, - Beschluss“ wird als TOP 5 vorgezogen behandelt. In der heutigen Sitzung wird lediglich der Vortrag von Herrn Dr. Berschin gehalten, danach erfolgt keine Aussprache und kein Beschluss. Zu dem Thema soll eine Sondersitzung des EKUV stattfinden.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

TOP 2.1 Kaufprämie für Lastenfahrräder

Herr Scholtalbers erkundigte sich in Bezug auf eine Abwrackprämie für Zweitaktfahrzeuge danach, ob es möglich wäre, eine Kaufprämie für Lastenfahrräder einzuführen.

Herr Schoch antwortete, dass dies grundsätzlich möglich wäre, dass heute jedoch entsprechend dem Antrag der AWG-Fraktion über die Abwrackprämie gesprochen werde.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 16.07.2019 (EKUV/XVII/024/2019)

Beschluss (10 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen):

Die Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 16.07.2019 (EKUV/XVII/024/2019) wird genehmigt.

TOP 4 Ökoprofit - Vortrag von Frau Noormann, Fa. Nettcon Energy

Frau Noormann von der Firma NettConEnergy stellte mit einer kurzen Präsentation das Projekt Ökoprofit Energie vor. Die Broschüre „Ökoprofit - Energie Ostfriesland“ aus dem Jahr 2018/2019, welches die Ergebnisse des letzten Projektes zusammenfasst, wurde an die Ausschussmitglieder verteilt.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

TOP 5 Stadtbusverkehr - Sachstandsbericht und Weiterentwicklung - Beschluss Vorlage: 2.61/XVII/1170/2019

Herr Dr. Berschin von der Firma KCW aus Berlin stellte mit einer kurzen Präsentation die mögliche Weiterentwicklung des Leeraner Stadtbusverkehr ab 2021 vor.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit hinterlegt.

Herr Runden erkundigte sich danach, ob die Mitnahme von Fahrrädern im Bus eingeplant werde.

Herr Dr. Berschin erwiderte, dass die Mitnahme von Fahrrädern sicherlich in Einzelfällen denkbar sei, z.B. bei schlechtem Wetter oder wenn das Rad kaputt sei. Dies

sei jedoch nicht finanzrelevant. Seines Erachtens sei die Kombination Rad/Bus für eine kleine Stadt wie Leer nicht von Bedeutung. Die Mitnahme von z.B. 20 Rädern in einem Bus sei nicht zu handhaben.

Herr Foest fragte, ob alle Ausschussmitglieder den Vortrag verstanden hätten. Das Thema sei sehr komplex und von großer Bedeutung. Er bedauere, dass keine Aussprache stattfinde.

Herr Kruse dankte Herrn Dr. Berschin für seine Ausführungen.

TOP 6 Ideen für die temporäre Gestaltung des öff. Raumes der Leeraner Fußgängerzone - Vortrag durch LUKS Spiel- und Lerndesign

Frau Helma Janssen von der Firma LUKS Spiel- und Lerndesign stellte mit einer kurzen Präsentation Möglichkeiten und Ideen zur temporären Gestaltung des öffentlichen Raumes der Leeraner Fußgängerzone vor.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit bereitgestellt.

Frau Stammwitz fragte, ob die Gestaltungselemente auch für schlechtes Wetter geeignet seien.

Frau Janssen antwortete, dass dies eine Frage der Materialauswahl sei. Es müsste auch vorher überlegt und festgelegt werden, für welchen Zeitraum die Gestaltungselemente aufgestellt werden sollen.

Herr Schoch informierte darüber, dass dieser Vortrag dazu dienen sollte, den Ausschussmitgliedern einige Ideen vorzustellen, welche Möglichkeiten man hätte, um die Multifunktionalität und die Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone zu verbessern. Die Ideen seien keine Kataloglösungen und auch nichts für die Ewigkeit. Er finde die Vorschläge sehr kreativ. Er bitte darum, den Vortrag in den Fraktionen zu besprechen und der Verwaltung eine Rückmeldung hierzu zu geben.

Frau Kramer wies darauf hin, dass z.B. bei Kinderspielplätzen rechtliche Vorgaben einzuhalten sind in Bezug auf die Sicherheit und Versicherung. Sie erkundigte sich danach, wie dies bei den heute vorgestellten Gestaltungselementen wäre.

Herr Schoch sagte, dass es dazu sicherlich eine Lösung gebe. Der Vortrag heute diene der Information und Anregung. Sollte der Rat diese Ideen verwirklichen wollen, werde in der Thematik in die Tiefe gegangen.

Frau Stammwitz erkundigte sich nach den Kosten.

Frau Janssen trug vor, dass sie zu den Kosten keine konkreten Angaben machen könnte. Zur Sicherheit und Versicherung informierte sie darüber, dass die Gestaltungselemente aus dem Bereich der Künste kämen und daher als Kunst im öffentli-

chen Raum zu verstehen seien. Die Anforderungen an die Sicherheit seien damit nicht mehr so hoch. Auch andere Städte würden dies so praktizieren.

Herr Kruse dankte Frau Janssen für ihren Vortrag.

**TOP 7 Neugestaltung der Mühlenstraße, 2. BA (Wörde bis Ledastraße)
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1163/2019**

Herr Schoch verwies auf die Vorlage, in der dezidiert auf die noch zu klärenden Punkte bezüglich der Neugestaltung der Leeraner Fußgängerzone eingegangen werde. Am vergangenen Montag habe der Rat die Möglichkeit gehabt, beim Ortstermin die 6 verschiedenen Musterflächen für die zukünftige Pflasterung der Fußgängerzone zu besichtigen.

Frau Gravel zeigte dann in einer Präsentation viele Pflaster-Beispiele aus verschiedenen Städten sowie die Farbvarianten für die Stadt Leer in den Musterflächen.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit bereitgestellt.

Herr Schoch kündigte dann das weitere Schwerpunktthema „Bestandsbäume“ an.

Hierzu zeigte Frau Gravel eine Präsentation, die den Stand der Angebotseinholung für die Wurzeluntersuchungen der Bestandsbäume sowie die kostengünstigere Alternative hierzu beinhaltete. Sie veranschaulichte mit Fotos, dass viele Bäume unter dem Klimawandel und den damit einhergehenden langanhaltenden Trockenperioden und anderen Wetterextremen leiden würden und Schaden genommen hätten. Die einheimischen Stadtbaumarten würden besonders darunter leiden, so dass Experten dazu rieten, künftig klimatolerante Bäume zu pflanzen, die ursprünglich nicht aus norddeutschen Regionen stammten. Sie sagte, dass eine Abwägung vorgenommen werden müsse, ob ein Baum erhalten bleiben oder ein Zukunftsbaum gepflanzt werden soll. Sie zitierte einen bereits am 23.10.2018 gefassten Beschluss, in dem die Verwaltung dazu aufgefordert worden sei, auf ihren Grundstücken im innerstädtischen verdichteten Bereich grundsätzlich bei neuen Baumpflanzungen Wurzelführungsbahnen einzubauen bzw. diese einbauen zu lassen. Sie zählte auch die notwendigen innerstädtischen Standortbedingungen für neue Baumpflanzungen auf, wie z.B. Auswahl geeigneter Bäume, ausreichend große Pflanzgruben, Be- und Entlüftungssystem, Bewässerungssystem, überfahrbares Treeparkersystem und welche Kosten damit verbunden sind.

Der Ausschuss müsse die Frage beantworten, ob viel Geld in aufwändige Untersuchungen gesteckt werden soll oder ob eine sparsamere Alternative zur Wurzeluntersuchung ausreicht. Außerdem sei zu klären, welche Bäume tatsächlich stehen bleiben sollen.

Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem für die Öffentlichkeit bereitgestellt.

Herr Schoch kam dann wieder auf das Thema Pflasterung zu sprechen. Die Verwaltung empfehle eine zur Architektur passende, gebrauchstaugliche und ansprechende

Lösung, invers zum Denkmalsplatz. Die Fahr- und Gehbereiche sollten demnach in dem helleren Ton des Denkmalsplatzes gepflastert werden (Sondersortierung Leer) und die Funktionsbereiche im dunkleren Ton des Denkmalsplatzes (Gotland). Hinsichtlich der Bäume wird empfohlen, die Wurzelverläufe der wertvollen Bestandsbäume untersuchen zu lassen und die zu fallenden Bäume durch klimaresistente Bäume zu ersetzen. Hierzu könnte die Baumkommission erneut eingebunden werden. Hinsichtlich der Oberflächenentwässerung habe die Stadt sich mit den Stadtwerken geeinigt, es werde eine 30 x 30 cm breite Kastenrinne eingebaut. Die Sonnenschirmbodenhülle könnte entsprechend dem Anliegerwunsch eingebaut werden. Zur Abfrage nach den Bodenstrahlern für denkmalwürdige Gebäude habe es bekanntlich keine Rückmeldung gegeben. Hier biete er an, erneut ein Gespräch mit den Anliegern zu führen, bei denen die Gebäude ansprechend seien, um diese davon zu überzeugen. Die Frage der Straßenbeleuchtung sei bereits entschieden worden (Stelenbeleuchtung). Diese werde produktneutral ausgeschrieben. Auch die anderen Ausstattungselemente seien bereits ins Auge gefasst worden: anthrazitfarbene Papierkörbe in Abstimmung mit den Stadtwerken, Bänke ähnlich wie beim Zollhaus - dies könnte morgen bei der Einweihung genauer in Augenschein genommen werden-, anthrazitfarbene Fahrradbügel mit Bodenhülsen zur mobilen Aufstellung bei Veranstaltungen.

Herr Foest bat um eine kurze Pause.

Nach 9 Minuten wurde die Sitzung fortgesetzt.

Herr Fricke verkündete, dass die SPD-Fraktion beantrage, für die Pflasterung den rötlichen Farbton Malmö zu verwenden.

Herr Runden sagte, dass die AWG-Fraktion der Empfehlung der Verwaltung folge.

Herr Heinrichsdorff informierte darüber, dass die CDU-Fraktion ebenfalls der Empfehlung der Verwaltung folge, da dies eine einheitliche Gestaltung der Fußgängerzone bedeute und das optische Thema fortgesetzt werde.

Frau Kramer trug vor, dass die Fraktion Die Grünen sich dem Vorschlag der SPD-Fraktion anschließe.

Sodann ließ Herr Kruse über den Antrag der SPD-Fraktion zur Farbe der Pflasterung abstimmen (Farbton Malmö) und stelle das folgende Ergebnis fest:
5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung. Damit sei der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, so dass der Empfehlung der Verwaltung zu folgen sei.

Zum Thema Bestandsbäume trug Herr Fricke vor, dass 63.000 Euro für das Gutachten ein zu hoher Betrag sei, welcher nicht ausgegeben werden sollte. Die Stadt und die Stadtwerke hätten seines Erachtens ausreichend Fachpersonal mit Fachkompetenz. Der bereits gefasste Beschluss für die zukünftigen Baumpflanzungen sollte umgesetzt werden. Der Vorschlag der Verwaltung, klimaresistente Bäume, die nicht heimisch seien zu verwenden, sei sinnvoll.

Herr Runden äußerte sich dahingehend, dass er den Vorschlägen der Verwaltung folgen könne. Die Baumkommission sollte eingebunden werden, welche Bäume zu erhalten seien.

Herr Foest sagte, dass die CDU-Fraktion die vorhandenen heimischen Bäume weitestgehend erhalten wollte und dies auch für die Zukunft. Man könnte sie ggfls. er-tüchtigen, gießen, baumpflegerisch behandeln etc.. Es dürfe kein Ziel sein, nicht heimische Baumarten zu pflanzen.

Frau Kramer schloss sich den Ausführungen von Herrn Foest weitestgehend an. Die Kosten für das umfangreiche Gutachten seien zu hoch. Die Baumkommission sollte die Entscheidung treffen, welche Bäume gefällt werden und welche stehen bleiben dürfen.

Herr Bartz stimmte der Empfehlung zu, die Bestandsbäume weitgehend zu erhalten. Eine baumschutzfachliche Baubegleitung sei wichtig. Bei Neuanpflanzungen sollten klimaresistente Arten verwendet werden.

Herr Foest bat darum, dass die Straßenbeleuchtung nach unten gerichtet wird und nicht nach oben oder seitlich Licht abstrahlt, da dies für Vögel und Insekten störend und schädlich sei. Außerdem sei die Ausrichtung nach unten energieschonender.

Herr Kruse wandte hierzu ein, dass dies der Standard sei.

Herr Foest fragte in Bezug auf die Oberflächenentwässerung, ob eine Kastenrinne von 30x30 cm ausreiche, um bei Starkregenereignissen eine Überschwemmung zu verhindern. Er begrüße es, dass diese kleinere Lösung blindengerecht sei.

Herr Horst erwiderte, dass diese Lösung für den jetzigen Zeitpunkt bei Starkregen für die Entwässerung ausreiche. Für die Zukunft könne man dies nicht prognostizieren.

Herr Janssen trug ergänzend vor, dass nach den heutigen DIN-Normen für Starkregenereignisse, die statistisch circa alle 5 Jahre mal vorkommen, die Entwässerung ausreiche. Sollte es allerdings einmal zu einem Jahrhundertregenereignis kommen, reiche diese Kastenrinne nicht aus.

Herr Horst erklärte, dass bei einem starken Regen sehr viel Wasser schnell in die Kastenrinne abfließen könne. Dies werde dann langsam in die Kanalisation abgeleitet. Die von ihm favorisierte Abführung des Regenwassers aus der Fußgängerzone direkt in den Hafen verursache zu hohe Kosten.

Herr Schoch informierte darüber hinaus, dass durch das Gefälle in der Fußgängerzone das Regenwasser zunächst zur Mitte laufe bevor es in die Geschäfte eindringe. Auf lange Sicht seien die Nachteile von extremen Starkregenereignissen nur durch technische Maßnahmen und eine gute Versicherung zu lösen.

Herr Horst wies darauf hin, dass die geplante Kastenrinne mit den Maßen 30x30cm der städtische Standard sei, so dass eine Einigung über die Kosten mit den Stadtwerken nicht notwendig werde, da die Stadt die Kosten alleine zu tragen habe.

Herr Schoch sagte, dass hinsichtlich der privaten Einbauten im öffentlichen Raum wie angekündigt erneut auf die Anlieger zugegangen werde. Die Zeitschiene für die Neugestaltung der Fußgängerzone sei in der Vorlage genannt.

Ablehnender Beschluss (5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung):

Der Antrag der SPD-Fraktion, für die Pflasterung der Fußgängerzone den Farbton „Malmö“ auszuwählen, wird damit abgelehnt.

Beschluss (12 Ja-Stimmen):

Den Vorschlägen der Verwaltung zum weiteren Vorgehen wird zugestimmt.

**TOP 8 Julianenpark
 Pflege und Entwicklung
 Entschlammung Teichanlage
 - Beschluss
 Vorlage: 2.61/XVII/1158/2019**

Frau Kramer trug für die Fraktion Die Grünen vor, dass sie den Baumfällungen im Julianenpark nicht zustimmten. Sie schlage vor, einen Besichtigungstermin mit dem EKUV vorzunehmen, um den Sachverhalt zu klären.

Herr Schoch stimmte dem zu. Er schlug vor, einen EKUV kurz nach den Herbstferien im Oktober 2019 durchzuführen, vor dem der Ortstermin stattfinden sollte.

Herr Foest stimmte dieser Vorgehensweise zu. Das Fällen der Bäume wäre sehr schade. Er hatte die Idee, auf einer relativ kleinen Fläche von 60 x 60 Metern eine Grube auszuheben, um dorthinein den Schlamm aus dem Teich zu verfüllen. Er bat darum, die Vorlage dahingehend zu ergänzen. Diese Vorgehensweise sei sicherlich auch kostengünstiger als die Aufbringung von Schlamm und das Einarbeiten desselben auf einer sehr großen Fläche. Er sei jedoch kein Experte. Er vermisse in der Vorlage die Gegenüberstellung der jeweiligen Summe aller Kosten der verschiedenen Alternativen. Er bat auch um Prüfung, ob der Faulturm für die Entsorgung des Schlammes eingesetzt werden könnte.

Herr Özdemir erkundigte sich danach, ob der Schlamm analysiert worden sei und ob er womöglich auf eine Sonderdeponie transportiert werden müsse.

Herr Schoch sagte, dass der Schlamm noch nicht analysiert worden sei.

Herr Fricke schlug vor, heute nicht weiter über das Thema zu diskutieren, sondern den Ortstermin abzuwarten.

Frau Kramer widersprach dem. Die Ausschussmitglieder sollten ihre Ideen und Gedanken heute mitteilen, damit die Verwaltung darauf eingehen könnte.

Herr Horst informierte darüber, dass der Faulturm nicht für die Schlammentsorgung in Frage käme. Die Entsorgung von Klärschlamm sei extrem teuer.

Herr Schoch trug vor, dass der Vorschlag von Herrn Foest mit der Verfüllung des Schlammes in eine 60 x 60 Meter-Grube nicht funktionieren könnte, da diese ca. 2,2 Meter tief sein müsste und der Schlamm nicht fest sei.

Herr Kruse fasste zusammen, dass der TOP verschoben werde, bis der Ortstermin stattgefunden habe. Eine formlose Einladung an die EKUV-Mitglieder per E-Mail reiche aus.

TOP 9 Gebührenfreies Parken zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Leer
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.05.2019
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1134/2019

Herr Fricke bemängelte, dass durch die Änderung der Parkgebührenordnung einige Wenige bevorrechtigt würden. Nur wenige Menschen könnten sich heute ein Elektroauto leisten. Dies sei eine Ungleichbehandlung.

Herr Foest wandte hierzu ein, dass man die Leute ungleich behandeln müsse, wenn man etwas für den Klimaschutz tun wollte. Die gebührenpflichtigen Fahrzeughalter würden weiterhin Gebühren für das Parken bezahlen und damit keinen Unterschied verspüren.

Herr Vogelsang sagte, dass der Beschluss für die Änderung der Parkgebührenordnung bereits gefasst worden sei. Heute werde lediglich über die Satzungsänderung beschlossen.

Herr Bruns führte aus, dass der EKUV klimafreundliche Beschlüsse fassen wollte. Er schlug vor, den Ladevorgang des Elektrofahrzeugs als Parkzeit zu werten.

Herr Vogelsang erwiderte, dass im Stadtgebiet derzeit noch nicht überall E-Ladesäulen vorhanden seien. Der im EKUV gefasste Beschluss zur Änderung der Parkgebührenordnung werde mit dem heutigen Beschluss lediglich umgesetzt.

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss empfiehlt, den Änderungsentwurf der Parkgebührenordnung dem Verwaltungsausschuss zur Vorbereitung des Beschlusses des Rates vorzulegen.

TOP 10 Dorferneuerungsprogramm Loga/Logabirum Phillipsburger Park
- Beschluss

Vorlage: 2.60/XVII/1167/2019

Beschluss (einstimmig):

Der EKUV spricht sich dafür aus:

a.) den Antrag auf Wiederherstellung zweier Hauptwege im Philippsburger Park in der bereits vorliegenden Form zum Stichtag 15.09.2019 erneut beim Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems einzureichen.

Die erforderlichen zusätzlichen Mittel in Höhe von 23.000 € sollen überplanmäßig bereitgestellt werden.

b.) der Antrag soll um den Punkt „Herstellung eines neuen Verbindungsweges südlich der Parkwiese“ erweitert werden.

Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel in Höhe von 41.000 € sollen überplanmäßig bereitgestellt werden.

TOP 11 Abwrackprämie für Zweitakter - Antrag der AWG-Fraktion vom 25.07.2019 - Beschluss Vorlage: 2.61/XVII/1168/2019

Herr Runden sagte, dass er mit seinem Antrag nicht ein altes Kulturgut wie die Vespa oder Schwalbe schlecht machen und abschaffen wollte. Er habe erreichen wollen, dass Fahrzeughalter ihren Zweitaktroller durch ein teures, aber umweltfreundlicheres E-Fahrzeug austauschen können, wenn das alte Fahrzeug abgänglich sei.

Herr Schoch informierte darüber, dass die Nachfrage für die Abwrackprämie in Tübingen relativ gering gewesen sei. In Tübingen lebten ca. 90.000 Einwohner. In 4 Jahren hätten lediglich 58 Einwohner ihr altes Zweitaktfahrzeug gegen einen E-Roller eingetauscht.

Herr Fricke verkündete, dass die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde.

Herr Foest trug vor, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Würde man die geringen Abwrackzahlen auf die Bundesrepublik hochrechnen, käme bereits eine große Menge zusammen. Das sei positiv.

Ablehnender Beschluss (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen für Beschlussvorschlag):

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, ein Förderprogramm analog zum Tübinger Beispiel aufzulegen und dafür Mittel in Höhe von 30.000 Euro im Haushalt 2020 bereit zu stellen, wird damit abgelehnt.

TOP 12 Radverkehr
- Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL vom 16.06.19
- Beschluss
Vorlage: 2.61/XVII/1174/2019

Frau Kramer trug vor, dass die Verwaltung eine sehr ausführliche Vorlage ausgearbeitet habe. Dennoch kritisierte sie die schleppende Durchführung der Ausschreibung zur Nachfolgebesezung der Stelle des Radverkehrsbeauftragten. Es sollte sofort die Stelle eines Verkehrsplaners ausgeschrieben werden, damit der jetzige Stelleninhaber den Nachfolger einarbeiten könne.

Herr Schoch informierte darüber, dass der Fachdienstleiter dabei sei, eine aktuelle Arbeitsplatzbeschreibung zu erstellen. Die bisherige Beschreibung sei veraltet. Die Verwaltung sei am Thema dran.

Beschluss (einstimmig):

Dem Vorgehen der Verwaltung wird zugestimmt.

TOP 13 Klimanotstand: Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen
- Antrag der Gruppe Die Grünen/CDL vom 11.06.2019
Vorlage: 2.61/XVII/1169/2019

Herr Schoch verwies auf die Vorlage. Die Verwaltung habe sich fachdienstübergreifend und umfangreich mit dem Thema Klimaschutz auseinander gesetzt.

Frau Kramer stellte fest, dass eine ganze Menge Informationen in der Vorlage genannt werden. Ihres Erachtens seien dies jedoch Auszüge aus den bisherigen Rechenschaftsberichten des früheren Klimaschutzmanagers.

Dem widersprach Herr Schoch.

Frau Kramer fragte, wann das letzte Mal ein Klimafrühstück durchgeführt worden sei.

Herr Schoch erwiderte, dass dies 2018 der Fall gewesen sei. Die Praktikantin im Fachdienst 2.65 Gebäude- und Energiemanagement, Frau Klein, nehme derzeit die Aufgaben des Klimaschutzmanagers wahr.

Frau Kramer forderte Auskunft darüber, mit welchem Personal die Aufgaben des Klimaschutzmanagers künftig durchgeführt werden sollen.

Herr Schoch antwortete, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers neu beantragt werden soll.

Frau Kramer bemängelte, dass dies bisher „verschlafen“ worden sei.

Dem widersprach Herr Schoch. Es habe sich nicht um ein Versäumnis der Verwaltung gehandelt.

Frau Kramer stellte klar, dass sie über ihren in der vergangenen Sitzung eingebrachten Antrag „Ausrufung des Klimanotstandes“ heute erneut abstimmen lassen möchte.

Herr Kruse lehnte dies ab. Der EKUV habe den Antrag bereits abgelehnt.

Herr Fricke fügte ergänzend hinzu, dass die Ablehnung des Antrages Bestand habe. Es gebe heute auch keinen Beschlussvorschlag hierzu.

Herr Bartz bat um Mitteilung, warum der Antrag abgelehnt worden war.

Herr Schoch erwiderte, dass die Mehrheit des EKUV der Ansicht war, dass eine Resolution nur deklaratorischen Charakter gehabt hätte und dass konkrete Maßnahmen bzw. Beschlüsse für den Klimaschutz als erfolgreicher angesehen worden seien. Gleichzeitig sei an die Verwaltung der Auftrag gegangen, hierzu eine Vorlage zu erarbeiten, welches geschehen sei.

Herr Kruse schlug vor, Herrn Bartz das Protokoll der EKUV-Sitzung zu übermitteln, in dem das Thema behandelt worden sei.

Protokollanmerkung:

Das Protokoll des EKUV vom 25.06.2019 wurde an Herrn Bartz geschickt.

**TOP 14 Einführung eines Elektroroller-Systems in der Stadt Leer
Vorlage: 2.61/XVII/1171/2019**

Herr Schoch zeigte ein Bild von einem Elektroroller. Es handele sich hierbei nicht um einen Tretroller, sondern ein Gefährt, welches einer Vespa ähnlich sehe. Ab Mitte September 2019 würden 15 Fahrzeuge in Leer für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Der Ausschuss habe darüber zu beraten, ob man dem Unternehmen Stellplätze für die Elektroroller kostenlos zur Verfügung stellen wolle, um es zu unterstützen. Die Verwaltung habe eine Fläche am Bahnhof (ehemals Döner-Laden) für diesen Zweck angedacht.

Herr Fricke wandte hierzu ein, dass der Deutsche Städtebund erhebliche Bedenken hinsichtlich der Elektroroller geäußert habe. Er stelle daher für die SPD-Fraktion den Antrag, über die Vorlage heute noch nicht zu entscheiden und die Verwaltung damit zu beauftragen, auch die negativen Entwicklungen bzw. Gefahren als Information nachzureichen.

Herr Bartz fragte, warum die Stadt nicht lieber einen vernünftigen Fahrradverleih unterstütze.

Herr Heinrichsdorff wies darauf hin, dass heute nicht über sogenannte E-Scooter gesprochen werde, die in anderen Städten z.B. im Hafenbecken landeten und das Wasser verschmutzten, sondern dass es sich um Roller handele, wie Herr Schoch eingangs bereits gesagt habe.

Herr Kruse schlug vor, die Geschäftsinhaberin der Firma WOE einzuladen, damit sie dem EKUV ihr Projekt vorstellen kann.

Frau Hahn unterstützte diesen Vorschlag. Es dürfe nicht passieren, dass in Leer vor-schnell die Einführung von Rollern unterstützt wird, welche im Hafenbecken landeten, anfällig seien und die Umwelt verschmutzten.

Frau Kramer plädierte dafür, die Leerer Radwege zu verbessern. Für die Roller fehle ein Konzept darüber, z.B. wo sie fahren dürften, welche Rahmenbedingungen gelten etc..

Herr Schoch informierte darüber, dass es sich hier um ein Missverständnis handeln würde. Ein Elektroroller sei ein Gefährt, auf dem gesessen werde und welches mit 2 Personen fahren könne. Es gebe hierfür die Helmpflicht und er könne mit 45 km/Std. auf der Straße und nicht in der Fußgängerzone fahren. Die heute angesprochenen Probleme, die durch die Medien bekannt geworden seien, bezögen sich auf Tretroller, nicht aber auf die heute angesprochenen Elektroroller. Frau Kemper werde die E-Roller in jedem Fall einführen, der EKUV müsste hierzu nicht sein Einverständnis geben, da die Gewerbefreiheit gelte. Die E-Roller müssten genau wie Motorroller auf dafür vorgesehene Parkplätzen parken. Die Verwaltung schlage vor, das Projekt dahingehend zu unterstützen, indem eine Fläche zum kostenlosen Abstellen der Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werde. Dies diene auch der Ordnung. Per Handy-App könnten Nutzer die Verfügbarkeit der Roller feststellen.

Herr Heinrichsdorff sagte, dass vermieden werden müsse, dass die Roller - wie es bei den Tretrollern der Fall sei - die Innenstadt überfluten.

Frau Hahn bedauerte, dass die heute mündlich vorgetragenen Informationen nicht in der Vorlage gestanden haben.

Frau Stammwitz fragte danach, wie das Rückholssystem der Roller funktioniere und ob ein Nachweis der Fahrpraxis erbracht werden müsse.

Herr Schoch antwortete, dass Frau Kemper angeschrieben worden sei, dass jedoch eine Rückmeldung derzeit noch ausstehe. Er gehe davon aus, dass sie sich an die gesetzlichen Vorgaben halte.

Herr Kruse wies darauf hin, dass wenn Frau Kemper unsere Fläche zum Abstellen der Roller verwenden möchte, sie vorher im Ausschuss darüber informieren sollte.

Herr Horst erkundigte sich danach, ob die Stadt die Vorlage wettbewerbsrechtlich geprüft habe, da es künftig auch Konkurrenzunternehmen geben könnte, die auch unterstützt werden wollten.

Herr Schoch verneinte dies, da diese Stellplätze von allen Elektroroller-Nutzern in Anspruch genommen werden können.

Herr Kruse schlug vor, über den TOP heute nicht zu beschließen und Frau Kemper für eine EKUV-Sitzung einzuladen. Erst danach sollte ein Beschluss gefasst werden.

Dem wurde allgemein zugestimmt.

TOP 15 Informationen

TOP 15.1 Dorfentwicklung Loga-Logabirum, Verlängerung Förderzeitraum

Herr Schoch informierte darüber, dass auf Antrag der Stadt Leer beim Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (Aurich) der Förderzeitraum für die Dorfentwicklung Loga-Logabirum bis 31.12.2020 verlängert worden sei. Es seien noch nicht alle wichtigen Vorhaben der Dorfentwicklung umgesetzt worden und die Realisierung weiterer öffentlicher Projekte beabsichtigt. Es bestehe daher die Möglichkeit, Zuwendungsanträge für weitere Vorhaben zu den nächsten Antragsstichtagen am 15.09.2019 und 15.09.2020 vorzulegen.

TOP 15.2 Zukunftsquartier Moormerlandsiedlung

Herr Schoch berichtete, dass die Stadt Leer beabsichtige, das Förderprogramm energetische Stadtsanierung der KfW (432) zu beantragen, bei dem ein energetisches Quartierskonzept erstellt werde. Das Fördergebiet soll das Viertel um die Moormerland-Siedlung werden. Eine entsprechende Vorstellung und Beschlussvorlage sei gestern im StA erfolgt, jedoch noch nicht beschlossen worden. Mit dem Förderprojekt werde das Thema Klimaschutz in der Stadt weiterverfolgt und Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept (1.8 Modellhausprojekt und 1.10 Vorzeigeprojekt Zukunftssiedlung, z.B. CO²-freies Baugebiet) umgesetzt. Außerdem werde damit das Neubaugebiet an der Groninger Straße, die Erhaltungs- und Gestaltungssatzung sowie das Thema Klimaschutz miteinander verknüpft und realisiert. Die Gesamtkosten für das Quartierskonzept würden 70.000 Euro betragen, wobei 65 % durch die KfW und 20 % durch das Land Niedersachsen nach Abschluss des Projektes gefördert würden. Es verbleibe nach Abschluss des Projektes ein städtischer Eigenanteil von 14.500 Euro.

TOP 15.3 Pflanzenbewuchs am Stadtring über den Bahnstrecken

Herr Schoch führte aus, dass Herr Schachner in der Juli-Sitzung darauf hingewiesen hätte, dass der Pflanzenbewuchs am Stadtring über den Bahnstrecken zurückgeschnitten werden müsste. Die zuständige Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Aurich sei informiert und aufgefordert worden, die Rückschnittarbeiten zu veranlassen, um das erforderliche Lichtraumprofil wieder herzustellen.

TOP 15.4 Sachstandsbericht ZOB

Herr Schoch berichtete darüber, dass die Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes sich derzeit in der grundlegenden Planungsphase befinde. Für die zentrale Maßnahme, die Neuplanung des ZOB, habe in der vergangenen Woche als erster Schritt ein gemeinsamer Termin mit dem beauftragten Planungsbüro Lindschulte, dem Landkreis Leer, der Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade (VRN), dem Verkehrsverbund Ems-Jade (VBEJ), Weser-Ems-Bus sowie Vertretern der Stadt Leer stattgefunden. Ziel der Besprechung sei es gewesen, die technischen und anderen Erfordernisse der zukünftigen Nutzer des ZOB zu ermitteln. Als Gesprächsgrundlage seien den Vertretern zwei Vorentwurfsskizzen zur Verfügung gestellt worden.

Die erste Planvariante sehe eine sogenannte Sägezahnauflistung beidseitig einer Busspur (10 Haltestellen) vor sowie die Anlage von 12 Taxiständen zwischen ZOB und geplanter Entlastungsstraße. Die Verlagerung des Taxi-Bereiches ermögliche den Umbau des nördlichen Bahnhofsbereiches.

Die zweite Planvariante sehe für den ZOB eine gemeinsame Mittelinsel für die Fahrgäste vor. Die Mittelinsel böte im Vergleich zur ersten Variante mehr Verkehrssicherheit und mehr Aufenthaltsqualität für die Fahrgäste. Der nördliche Bahnhofsbereich (mit Taxibereich) bliebe dagegen weitestgehend in seiner bisherigen Form erhalten. Bevor tiefer in die Planung eingestiegen werden könne, sei vorrangig die Machbarkeit zu überprüfen. Von den Vertretern der Verkehrsbetriebe würden nun in Absprache mit den Busunternehmen zeitnah die erforderliche Anzahl der Bushaltestellen in Verbindung mit den Aufenthaltszeiten, insbesondere gleichzeitig pausierende Busse, ermittelt. Die beiden Varianten würden mit den Busunternehmen bezüglich ihrer Erfordernisse besprochen.

Die Daten würden zeitnah dem Planungsbüro zur Prüfung zur Verfügung gestellt. Der Konzeptentwurf werde auf dieser Basis entsprechend überarbeitet. Das Ergebnis werde im nächsten Abstimmungstreffen mit den genannten Teilnehmern am 02.10.2019 weiter beraten. Die entsprechenden, neu erarbeiteten Planentwürfe würden dann in der folgenden Sitzung des EKUV vorgestellt.

TOP 15.5 Förderprojekt FaCit - Sachstand

Herr Schoch informierte darüber, dass der Projektträger Jülich sich am Vortag telefonisch gemeldet hätte und mitgeteilt habe, dass die Unterlagen vom Zuwendungsträger zurückgekommen seien und nun der Bescheid fertig gestellt werde. Dieser solle in den nächsten Tagen bei der Stadt ankommen. Über den Inhalt sei noch nichts bekannt.

TOP 16 Anfragen

TOP 16.1 Radstation am Bahnhof

Herr Fricke bat um Auskunft, wie der Sachstand zur Radstation am Bahnhof sei.

Herr Schoch erwiderte, dass der Zuwendungsbescheid des Fördermittelgebers zum Projekt FaCit abgewartet werden müsse.

TOP 16.2 Stadtbusverkehr - Keine Aussprache und kein Beschluss, Rechtliche Prüfung des Antrags der SPD

Herr Heinrichsdorff beantragte die rechtliche Überprüfung des in der heutigen Sitzung gefassten Beschlusses zum Stadtbusverkehr. Auf Antrag der SPD-Fraktion sei heute keine Aussprache zugelassen und kein Beschluss gefasst worden. Er halte die nicht zugelassene Aussprache für undemokratisch und auch für rechtlich unzulässig.

Protokollantwort:

Bei Zweifeln über die Auslegung der Geschäftsordnung oder eines der Ausfüllung oder Auslegung der Geschäftsordnung dienenden Beschlusses oder das Bestehen und den Inhalt einer ständigen Übung entscheidet der Vorsitzende des Ausschusses alleine und bindend, damit der Fortgang der Verhandlung nicht durch ungeklärte Verfahrensfragen blockiert wird. (siehe Kommentar zum NKomVG Thiele und Blum/Meyer/Häusler). Zur Sachgerechtigkeit der Verhandlungsführung gehört es auch, die Tagesordnung durch geeignete Steuerung, z.B. Beschränkung der Festlegung der Rednerreihenfolgen oder Redezeitbeschränkungen möglichst zügig abzuarbeiten.

Obwohl das Rederecht in der Kommunalverfassung nicht ausdrücklich genannt wird, gehört es ebenfalls zu den (unentziehbaren) Statusrechten der Abgeordneten. Anders als die ausdrücklich normierten Mitgliedschaftsrechte kann es aber nicht nur ausgestaltet, sondern im Interesse der Arbeitsfähigkeit auch eingeschränkt werden. Allerdings ist es unzulässig, einem Mitglied der Vertretung / des Ausschusses die Möglichkeit vorzuenthalten, zu einem Tagesordnungspunkt seine Position darzulegen. Dem einzelnen Mitglied muss so viel Zeit eingeräumt werden, dass ihm eine substantielle Begründung seiner Position möglich ist. Der Zeitbedarf lässt sich nicht pauschal festlegen (vgl. Ipsen & 56 Kommentar zum NKomVG).

Da bei dem Tagesordnungspunkt nur ein Sachvortrag gehalten wurde und keine Beschlussfassung erfolgte, ergaben sich keine weiteren Folgen

TOP 16.3 Nächtliche Ampelschaltung

Herr Runden teilte seine Beobachtung mit, dass viele Ampeln im Stadtgebiet auch nachts angeschaltet seien. Er regte an, diese ab Mitternacht auszuschalten, um Strom zu sparen.

Herr Schoch nahm diese Anregung zur Kenntnis. Dies werde intern geprüft werden.

Protokollanmerkung:

Die meisten Ampeln im Stadtgebiet werden bereits in der Nacht abgeschaltet. An gefährlichen Stellen, wie z.B. Bundesstraßen sei der Ampelbetrieb weiterhin auch nachts notwendig. Die noch in der Nacht betriebenen Ampeln werden erneut überprüft, ob sie abgeschaltet werden können.

TOP 16.4 Abdeckung der Tempo 30 Schilder in den Ferien vor Schulen

Herr Runden regte an, die Tempo 30-Schilder im Bereich von Schulen in den großen Ferien abzudecken, um die Geschwindigkeitsreduzierung für diese Zeit aufzuheben.

Protokollantwort:

Die Geschwindigkeitsreduzierung dient der Verkehrsberuhigung und damit der Gefahrenabwehr. Auch in den Ferien werden die Schulen von Kindern genutzt (Spielplätze, Ferienprogramm). Sie sollte beibehalten werden.

TOP 16.5 Entschlammung Teich Leerort

Herr Runden fragte an, ob der Teich in Leerort entschlammt werden könnte. Dies sei sicherlich notwendig.

Herr Schoch antwortete, dass der letzte Sachstand gewesen sei, dass die Stadt sich - leider vergeblich - um eine Förderung zur Teichentschlammung nach Seenrichtlinien für den Teich in Leerort bemüht habe. Die Entschlammung sei nur mit hohem finanziellem Aufwand umsetzbar, so dass sie derzeit nicht durchgeführt werden könnte, da die Mittel fehlten.

Herr Runden entgegnete, dass der Ortsverein Leerort einen pragmatischen Vorschlag gemacht habe und bat darum, diesen diesbezüglich zu kontaktieren.

Herr Schoch sagte dies zu.

Protokollergänzung:

Eine pragmatische Lösung in Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Leerort sei leider aufgrund der kulturhistorischen Bedeutung der ehemaligen Festung so nicht möglich.

TOP 16.6 Radfahrerführung am Strohhut

Herr Runden bemängelte, dass die Radfahrerführung an der Ampel am Strohhut nicht optimal sei. An einer Stelle würden die Radfahrer versehentlich beim Geradeausfahren in den Gegenverkehr geraten können. Dies sollte überprüft und geändert werden.

Herr Foest schlug vor, hier zwei Poller mit einer Kette anzubringen, um das versehentliche Geradeausfahren zu verhindern.

Herr Schoch nahm den Hinweis zur Prüfung entgegen.

TOP 16.7 Bildung Wasserlache am Bordstein Heisfelder Str. Strohhut

Herr Runden wies darauf hin, dass sich bei der Ampelanlage am Strohhut im Fußgängerbereich an der Bordsteinkante Heisfelder Straße, Richtung Heisfelde, nach einem Regen immer eine größere Wasserlache bilde. Dies müsse nachgebessert werden.

Herr Schoch antwortete, dass die Stadt deshalb bereits mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Aurich Kontakt aufgenommen habe. Diese habe mitgeteilt, dass die Entwässerungsrinne nicht durch die Baumaßnahme B 70/Strohhut verändert worden sei. Um die Baukosten gering zu halten, sei nur eine sehr begrenzte Änderung der vorhandenen Anlagen durchgeführt worden. Der Straßenablauf werde überprüft und ggfls. gereinigt bzw. nachgebessert.

TOP 16.8 Baugebiet Groninger Straße - Waldumwandlung Sache des EKUV

Frau Kramer sprach das zu beseitigende Waldstück am neuen Baugebiet an der Groninger Straße an. Ihrer Ansicht nach müsste hier der EKUV als Umweltausschuss beteiligt werden.

Herr Schoch erwiderte, dass das Thema gestern bereits im StA diskutiert worden sei. Man habe sich darauf geeinigt, einen Ortstermin vor dem nächsten StA am 10. September durchzuführen. Der EKUV werde hierzu beigeladen. Das waldgesetzliche Genehmigungsverfahren sei jedoch bereits durchgeführt und auch positiv abgeschlossen worden. Die Voraussetzungen zur Fällung würden damit vorliegen.

TOP 16.9 Einweihungsfeier Zollhausvorplatz - Einladungsliste

Herr Özdemir erkundigte sich danach, warum die Stadtwerke Leer nicht zu der Einweihungsfeier des Zollhaus-Vorplatzes eingeladen worden seien.

Herr Schoch antwortete, dass lediglich die Fördermittelgeber zu der Feier eingeladen worden seien und nicht die Träger Öffentlicher Belange.

TOP 16.10 Kosten für Gutachter Stadtbusverkehr

Herr Özdemir fragte danach, wieviel Kosten der Berater für den Stadtbusverkehr, Herr Dr. Berschin, bisher verursacht habe.

Protokollantwort:

Seit April 2019 hat die Stadt insgesamt etwa 8.700,- € netto bzw. etwa 10.350 € brutto (19% MWST) an Planungs- und Beratungskosten an die Firma KCW aus Berlin gezahlt.

Im nicht öffentlichen Teil wird hierauf detaillierter eingegangen.

TOP 16.11 Übergabe des Kanals beim ZOB an die SWL

Herr Horst bat um Auskunft, ob der Kanal beim umgebauten ZOB-Außengelände noch an die Stadtwerke Leer übergeben werde. Es habe noch keinen Abnahmetermin gegeben. Die Haftung würde erst nach Abnahme und Übergabe an die Stadtwerke Leer übergehen.

Herr Schoch antwortete, dass die Abnahme und Übergabe noch stattfinden würden.

TOP 17 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

TOP 17.1 Kostenloser Stellplatz für E-Roller

Herr Coners fragte, warum die Stadt zur Vermeidung von wettbewerbsrechtlichen Problemen, nicht einfach die kostenlose Fläche zum Abstellen von Elektrorollern für alle Unternehmen, die diesen Service anbieten, zur Verfügung stellt.

Herr Schoch dankte für diese Anregung.

Herr Kruse warf ein, dass dies zunächst rechtlich geprüft werden sollte.

Da keine weiteren Fragen gestellt wurden, beendete Herr Kruse den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.40 Uhr. Die Gäste verließen den Saal.

Dann eröffnete Herr Kruse den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Jochen Kruse

gez. Beatrix Kuhl

gez. Insa Seiwald

Vorsitzende/r

Bürgermeisterin

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in